

MAZ 01.12.2016

Beelitz ruft zum Protest auf

Stadt sucht Schulterschluss mit Nachbarn und fordert Land auf, Windräder im Wald abzulehnen

Beelitz. Das Beelitzer Stadtparlament fordert die Landesregierung auf, die Errichtung von Windkraftanlagen in Wäldern sowie in Natur- und Landschaftsschutzgebieten nicht zuzulassen. Zugleich rufen die Stadtverordneten die Nachbarkommunen und den Kreistag von Potsdam-Mittelmark auf, sich der Forderung und dem Protest anzuschließen und ähnliche Beschlüsse zu fassen. Eine entsprechende Entschließung verabschiedeten sie am Dienstagabend mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme. Den Antrag hatte die Fraktion GfB/SPD eingebracht, die unter anderem auf die Genehmigung des Landesumweltamtes zur Errichtung von zwölf

Windrädern in einem Wald in der Reesdorfer Heide verweist. Mit dem Votum „zeigen wir deutlich, dass wir in Beelitz die planerischen Vorgaben, welche das Landesumweltamt aus der Ferne macht, nicht einfach hinnehmen. Wir bestehen auf unserem Selbstverwaltungsrecht als Kommune und protestieren dagegen, dass über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wird“, sagt Bürgermeister Bernhard Knuth.

Im Votum fordern die Stadtverordneten Brandenburgs Landesregierung zudem auf, eine Regelung zu erlassen, in der ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbauungen von mindestens 2000 Metern festgelegt wird. *jst*